

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1924**

46 (18.6.1924)

# Der Landbote

Sinsheimer Zeitung 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Wöchentliche Beilagen: Mode u. Heim • Der Kolbold • Neue Illustrierte

№ 46.

Mittwoch, den 18. Juni 1924.

85. Jahrgang

## Regierungserklärung in Frankreich.

### Herriots außenpolitisches Programm.

Gegen Isolierungs- und Gewaltpolitik, Besetzungen und territoriale Pfänder.

Aber es bleibt bei der Entwaffnung Deutschlands.

Paris, 17. Juni. Die heutige Kammer Sitzung in der die Votenschaft der Präsidenten der Republik und die Regierungserklärung zur Verlesung gelangen sollte, fand unter ungeheuren Zulauf statt. Sofort nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten Painlevé, verlas Ministerpräsident Herriot die Votenschaft des Präsidenten der Republik. Hierauf ergreift der Ministerpräsident das Wort zur Regierungserklärung. In der Votenschaft des Präsidenten der Republik heißt es u. a.:

Der Präsident erbittet zunächst die Unterstützung der beiden Kammern für die Erfüllung seiner schweren Pflichten und fährt dann mit folgenden bezeichnenden Sätzen fort: „Angesichts Ihrer Furcht um die Verfassung, deren Güter ich sein soll, erkläre ich, daß ich stets in der Rolle bleibe, die sie mir vorschreibt. Diese Rolle verlangt, daß ich über den Parteien stehe, um, so oft es die Umstände erfordern, ein unparteiischer und unangenehmer Schlichter zu sein. Nur so werde ich den vereinigten Interessen Frankreichs und der Republik nützliche Dienste leisten können, welche beide in meinem Herzen durch meine heiße Liebe vereinigt sind.“

#### In außenpolitischer Hinsicht

enthält die Votenschaft die folgenden programmatischen Erklärungen: „Zahlreiche Probleme stellen sich in diesem Augenblick dem Lande und dem Parlament dar. Sie werden leicht zu lösen sein, wenn man überall in der Welt endlich die reine Atmosphäre des Friedens atmen könnte. Wenn das nicht der Fall ist, so ist das nicht die Schuld Frankreichs. Unser Land kennt keinen gefährlichen Ehrgeiz. Es strebt nur danach, die Zahlung der Reparationen zu erwirken, die ihm freilich versprochen worden sind und Bürgschaften für seine Sicherheit zu erhalten, welche nicht illusorisch sind. In dem

#### Gutachten der Sachverständigen

dem wir, um unsern vernünftigen Geist zu zeigen, mit Besonnenheit beigetreten sind, scheint die Frage der Reparationen sich einer bevorstehenden Lösung zu nähern. Immerhin wird es dazu notwendig sein, daß der Schuldner den Beweis eines ebenso guten Willens und ebenso guter Gutgläubigkeit liefert, wie der Gläubiger, und daß dieser Beweis durch präzise Daten erbracht wird und nicht durch einfache Versprechungen, ohne Sicherheit für das Morgen. Aber der vernünftige Geist Frankreichs, so aufrecht er ist, kann keinesfalls so weit gehen, unsere Wachsamkeit einzuschläfern und die Lehren der Vergangenheit vergessen zu lassen. Frankreich könnte ebensowenig auf seine eigene Kraft verzichten, wie auf die Kontrolle, die der Vertrag über die Besiegten auszuüben berechtigt ist, falls dieser die Revanche vorzubereiten scheint, anstatt die von ihm unterzeichneten Versprechungen einzuhalten.“

Die Votenschaft schließt mit der Versicherung des Präsidenten, daß er streng im Namen der Verfassung alle seine Kräfte dem Lande Frankreich, der Republik und der Demokratie zur Verfügung stellen werde.

### Die Regierungserklärung Herriots.

Am Anschluß daran verlas Ministerpräsident Herriot in der Kammer die Regierungserklärung, welche folgenden Wortlaut hat:

„Die Regierung, die sich Ihnen vorstellt, hat die Pflicht, den durch das allgemeine Wahlrecht am 11. Mai ausgesprochenen Willen in die Tat umzusetzen. Entsprechend den normalen Gesetzen des Parlamentarismus wird sie für das Wohl der ganzen Nation arbeiten, aber im Namen einer Doktrin, welche sie genau festlegen möchte. Sie wird ihr Programm klar entwickeln, selbst wenn dieses etwas lang ausfallen sollte, damit jeder von Ihnen weiß, ob er für oder gegen die Regierung stimmen soll. Nach außen und nach innen wird die Regierung nur ein Ziel verfolgen: dem Lande in der Arbeit und im Fortschritt den Frieden zu geben,

den es so ehrlich verdient hat, den moralischen Frieden in erster Linie. Wenn wir entschlossen sind, die Gesamtschafft am Vatikan nicht aufrechtzuerhalten und die Befehle über die Kongregationen anzuwenden, so geschieht das ohne jeden Gedanken der Intoleranz oder religiöser Verfolgung. Wir haben nur die Absicht, die Souveränität der republikanischen Gesetzgebung zu sichern und die notwendige Scheidung zwischen den Kammern und den politischen Geschäften zu machen. Der gleiche Gedanke, so wie wir ihn auffassen, erscheint uns als die Rettung der Einheit und der nationalen Brüderlichkeit. Solange die persönliche Ueberzeugung die Befehle nicht verlegen, sind wir verpflichtet, sie zu ignorieren.“

Die Regierungserklärung betont dann, daß die Regierung nach dem moralischen den sozialen Frieden bringen will durch eine umfassende Amnestie, von welcher nur Verräter und Defertoren ausgeschlossen sein sollen, ferner durch Vornahme einer großen Verwaltungsreform und Verleihung des Gewerkschaftsrechtes an die Beamtenschaft, ferner durch Abschaffung des gegenwärtigen Wahlsystems, durch restlose Einführung der französischen Gesetzgebung in Elsass und Lothringen und Aufhebung des Generalkommissars und strenge Kontrolle der Verwendung der Reparationsgelder in den zerstörten Gebieten und endlich

durch die Schaffung des Achtstundentages und möglichst rasche Ratifikation der Arbeitskonvention. Hand in Hand damit wird eine Ausdehnung der Produktionsmöglichkeit der Nation, der Ausbau der Sozialversicherung und Einführung der sogenannten Einheitschule gehen.

Aber die Durchführung dieses Programms ist ohne strenge Ordnung in den Finanzen nicht möglich. Wir werden, fährt die Erklärung wörtlich fort, zunächst ein strenges Inventar der Lage aufstellen. Dieses Inventar muß dem ersten Budget vorausgehen, das die demokratische Regierung vorlegen wird.

Entschlossen, ahnungslos die Betrüger zu verfolgen und auf der ehrlich eingeführten Einkommensteuer die Grundlage einer wirklich demokratischen Steuerverwaltung zu errichten werden wir bei der Aufstellung des nächsten Budgets in einer neuen Milderung der direkten Steuern das Mittel suchen, die durch die Konsumsteuer und speziell durch die Umsatzsteuern geschaffenen Lasten herabzusetzen. Um dem Fiskus die nötigen Einnahmen zu verschaffen, werden wir versuchen, die schwebenden Schulden dadurch herabzusetzen, daß wir jedem Gelegenheit geben, an einem geeigneten Zeitpunkt Zeichnungen für eine umfassende Konsolidierungsoperation vorzunehmen. Es bleibt uns jetzt noch übrig, uns über

die auswärtige Politik und Frankreichs Sicherheit zu äußern. In militärischer Hinsicht beabsichtigen wir eine Reorganisation vorzunehmen, welche die Erfahrungen und die Bedürfnisse des Landes empfinden. Diese Reorganisation, welche eine Herabsetzung der aktiven Militärdienstzeit einschließt, soll unter solchen Bedingungen vor sich gehen, daß Frankreich zu keinem Zeitpunkt entblößt oder geschwächt ist.

Frankreich weist ausdrücklich jede Annexion oder Eroberungsgedanken von sich.

Was es will, ist seine Sicherheit in der Würde und Unabhängigkeit; was es will, ist Friede für sich selbst und für die anderen Völker ebenfalls.

Man muß ohne Zweifel den Satz aussprechen: unsere demokratische Regierung wird mit Festigkeit die Rechte unseres Landes verteidigen, so wie sie im Vertrag verzeichnet sind. Wir haben das Recht auf Reparationszahlungen, wir verlangen sie im Namen der Gerechtigkeit. Die neue internationale Ordnung, die wir erstreben, kann sich nicht auf einer Ungerechtigkeit aufbauen, sondern sobald Deutschland sich mit dem Friedensvertrag in bezug auf Reparationen und auf die Sicherungsfragen in Einklang gebracht haben wird, wird sein Eintritt in den Völkerbund nur von ihm abhängen.

Wir sind Feinde einer Isolierungs- und Gewaltpolitik, die zu Besetzungen und territorialen Pfändergriffen führt.

Angeht die gegenwärtigen Zustände in Deutschland und der Notwendigkeit, nicht nur Frankreich, sondern alle Völker gegen eine Wiederkehr des nationalitären Pan-Germanismus zu schützen, halten wir es nicht für möglich, die Ruhe zu räumen, bevor die von den Sachverständigen vorgelegenen Pfänder, deren Gutachten wir ohne Hintergedanken annehmen, mit den gerechten und wirksamen Ausführungsbedingungen festgesetzt und den internationalen Organismen übertragen sind, welche die Vollmacht haben, sie zu verwalten.

Wir sind auch der Ansicht, daß im Interesse des Friedens eine

#### Entwaffnung Deutschlands

durch eine gemeinsame Anstrengung der Alliierten und sobald als möglich durch den Völkerbund kontrolliert werden muß. Wir werden die Sicherheitsfrage durch Garantiepakte zu lösen haben, die ihrerseits unter der Kontrolle des Völkerbundes gestellt werden. (Zuruf des Generals de St. Just: wer wird den General Mollet drüben ersehen? Rufe von links: Sie nicht.) Wir erklären ferner, daß unsere Regierung mit allen Mitteln danach streben wird, den Völkern, denen Frankreich ein Führer sein soll, einen ehrlichen und dauernden Frieden zu geben. Wir werden nach unseren besten Kräften

bei allen Völkern den demokratischen Geist ermutigen und unterstützen, dessen wir selbst uns rühmen. Wir werden, was an uns liegt, dazu beitragen, den Völkerbund zu stärken, sowie alle internationalen Einrichtungen die der Aufklärung, der Annäherung und dem Frieden dienen, wir werden eine Politik gerechter Handelsverträge treiben, um das gewünschte Ergebnis zu erzielen, werden wir vor allem die Bande festigen, die uns mit unseren Verbündeten und Freunden verknüpfen. Wir werden danach trachten, ihre Interessen und Bedürfnisse zu verstehen, wie wir auch von ihnen Verständnis für uns verlangen werden. Wir werden ihnen Friedenswillen und die Loyalität Frankreichs so unzweifelhaft beweisen, daß sie mit uns ein Einvernehmen herbeiführen werden, um die

#### Im Gutachten der Sachverständigen

vorgezeichneten Bürgschaften der Sicherheit zu gewährleisten. Um Frieden zu stiften, werden wir noch mehr tun. Frankreich kennt den Haß nicht. Es genügt ihm, seine Stütze in der Gerechtigkeit zu finden. Unsere Regierung vermöchte

keinerlei Schwäche zugunsten jener Leute in Deutschland zu haben, die noch nicht darauf verzichteten, die Verträge zu verstümmeln und den Geist der Revanche und den Gedanken an die Wiederherstellung der Monarchie zu nähren. Die Regierung hat vielmehr den Wunsch, die deutsche Demokratie zu festigen. Die Regierung ist schon jetzt zu wohlwollenden Maßnahmen bereit. Die von den Behörden der besetzten Gebiete bewilligten vorläufigen Strafaussetzungen werden in definitive Begnadigungen verwandelt.

Die Amnestie findet Anwendung auf die wegen politischer Vergehen Verurteilten mit Ausnahme derjenigen, die wegen Verübung von Anschlägen auf die Sicherheit unserer Truppen

verfolgt werden. Die Ausweisungen der Subalternbeamten, die nur den gegebenen Weisungen gehorcht haben, werden zurückgenommen; einzelne schwere Fälle werden besonders geprüft werden.

Diese Beschlüsse werden besser als Worte unsere Absicht zeigen. Wenn die deutsche Regierung ihrerseits die nötigen Arbeiten beschleunigt, um das Sachverständigen-Gutachten zur Anwendung zu bringen, dann werde die Regierung der Republik den Bemühungen eines Deutschland zu antworten wissen, das mit Entschiedenheit den Weg der Demokratie und des Friedens betritt.

Tragische Ereignisse, Verschiedenartigkeit der Grundtendenzen die uns von der Moskauer Regierung trennen lassen uns verweisen, daß das russische Volk lange auf gemeinsamen Schlachtfeldern mit uns geblutet hat. Schon in diesem Augenblick

bereiten wir die Aufnahme normaler Beziehungen mit Rußland

vor. Bevor wir einer formellen Erklärung zustimmen, die die französischen Interessen berücksichtigen muß, müssen wir einige Vorkehrungsmaßnahmen treffen und gewisse Informationen einholen, die wir zu beschaffen im Begriffe stehen.

Herriot schließt: „Das, meine Herren, ist das Programm unserer Regierung. Schon vom ersten Tage an zeigen wir Ihnen Loyalität. Wir haben klar mit Ihnen gesprochen. Wenn Sie uns bestimmen, werden wir auf unserem Wege geradeaus gehen. Um so gefährliche Aufgaben zu lösen, wie die neue Zeit sie stellt, gibt es keine bessere Handlungswelt, als die Redlichkeit.“

Die einzige Art der Demokratie und der eines Landes wie Frankreich würdigen Politik ist die, welche ihre Methoden offen auf die Vernunftgründe aufbaut und die Verwirklichung der Sittengesetze als Ziel gibt zum Wohle der gesamten Nation.“

### Herriots Aufenthalt in London.

Gutachten, Sicherung, Schulden, Abrüstung und Völkerbund.

London, 16. Juni. Daily Telegraph meldet, daß ein dreitägiger Aufenthalt von Herriot in London, wahrscheinlich von Sonntag bis Dienstag, vorgezogen sei da nicht nur die Anwendung des Dawes-Berichtes, sondern die Sicherungsfrage die Schuldenfrage, die Beziehungen der Alliierten zu Amerika und die Frage der Abrüstung der Landheere im Rahmen des Völkerbundes erörtert werden sollen. Ferner wird der Ministerpräsident eine Konferenz der interalliierten Premierminister vorbereiten lassen, und es dürfte während des dreitägigen Aufenthaltes des französischen Ministerpräsidenten in England der Versuch gemacht werden, festzustellen, wie sich die amerikanische Regierung gegenüber dieser Konferenz verhalten werde, d. h. es soll wahrscheinlich eine Anfrage nach Washington gerichtet werden, ob Amerika offiziell oder durch einen Beobachter an den interalliierten Verhandlungen über die Anwendung des Dawes-Berichtes teilzunehmen wüßte. Im Verlaufe dieser Woche werden unter dem Vorsitz von Ramsay MacDonald eingehende Sachverständigenberatungen stattfinden, in denen die Materie für die bevorstehenden Besprechungen mit Herriot und der Beratungsstoff einer eventuellen Konferenz der alliierten Premierminister vorbereitet werden soll.

#### Herriot beim deutschen Votschaftler.

Paris, 16. Juni. Ministerpräsident Herriot hatte heute nachmittag dem deutschen Votschaftler von Hoersch einen längeren Besuch abgestattet, in dessen Verlauf eine politische Aussprache stattfand.

### 7000 Begnadigungen.

Die beginnende neue Ära im besetzten Gebiet. Paris, 16. Juni. Die Pariser Abendblätter melden aus Koblenz, daß der französische Kommissar für das Rheinland der interalliierten Rheinlandkommission 7000 Begnadigungsfälle vorgeschlagen hat von Personen, welche wegen des passiven Widerstandes aus dem besetzten Gebiete ausgewiesen worden sind. Die interalliierte Rheinlandkommission hat alle diese Vorschläge des französischen Kommissars Tirard angenommen. 5000 Rückkehrerlaubnisse sind vor dem 1. Mai und 2000 seit dem 1. Mai erteilt worden.

### Französische Geheimberichte.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Sonntagmorgenausgabe französische Geheimberichte, die ein französischer Sachverständiger der im Ruhrgebiet weilte, an seine Regierung gerichtet hat. Der Geist, der aus den Berichten über die Lage des Bergbaues und der Eisenindustrie an der Ruhr spricht, läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß der französische Sachverständige der Meinung ist, die Ruhrindustrie dürfe ihre Freiheit nicht wiedergewinnen, sie müsse vielmehr mit soviel Lasten als möglich bepackt werden und auf jeden Fall niedergehalten werden, da die Lasten der französischen und belgischen Montanindustrie Konkurrenz machen. Das Blatt bemerkt weiter dazu, daß diese Geheimberichte des französischen Sachverständigen, zweifellos als Unterlage für die Discusstionsverträge gedient haben und schreibt: „Wenn die fremden Regierungen derartige Berichte auf sich wirken lassen, dann ist es kein Wunder, daß man bei Verhandlungen, bei denen die Gegenpartei die stärkere ist, zu Ergebnissen kommt, welche die Ruhrindustrie zur Verelendung bringen müssen. Auf die Fehler, welche die Darlegungen und Angaben der Sachverständigen enthalten, kann deutscherseits nicht genug geantwortet werden.“

#### Die Schnüffelkommission an der Arbeit.

Hamburg, 13. Juni. Im Auftrage der Interalliierten Luftfahrkommission beauftragte gestern ein belgischer Hauptmann in Begleitung eines Vertreters des Reichsverkehrsministeriums den

#### Anzeigen-Preise:

Anzeigen: Die 42 mm breite Millimeter-Zeile 8 Goldpf. Familien-Anzeigen 5 Goldpf. Nekrologien: Die 87 mm breite Millimeter-Zeile 24 Goldpf. Grabschriften im Anzeigen- und Letztteil ist Petit.

Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Verteilung und bei Konkurs erlischt. Platzreservierungen werden nicht anerkannt und für Aufnahmen an bestimmten Tagen sowie für telefonische Aufträge keine Gewähr übernommen.

Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

4. Auflage  
cent.  
6,5  
9  
12,4  
7,75  
0,625  
19,25  
4,9  
0,375  
2,2  
2,6  
3,825  
27  
3,125  
6  
2,1  
1,85  
Stiefel  
4,21  
8,142  
57,39  
78,88  
92,31  
weine  
äuser.  
Mk.  
re  
erei.

Flugplatz Fuhlsbüttel und den Flugzeugpark. Er forschte nach einem zweiten Fokker, D 7, da nach Zeitungsberichten Förster und Münnich einen Fokker D 7 geflogen haben sollen. Das ist aber ein Irrtum. Die Piloten hatten bei ihrem Wettbewerb die gleichen Maschinen benutzt. Ebenso wurde die Funkstation inspiziert. Lächelnd erzählte der belgische Hauptmann, daß im Ausland das Gerücht verbreitet wäre, daß die Funkstation die Kraft besitze, Flugzeuge, die ihre Station überfliegen, herunterzuholen. Der Hauptmann fand jedoch alles in Ordnung.

Ein vernichtendes amerikanisches Urteil über den Dames-Bericht.

Der sozialistische Kongreßabgeordnete für Milwaukee, B. L. Berger, hat kürzlich den Dames-Bericht einer scharfen Kritik unterzogen, indem er das Unmenschliche und Unmöglichkeits der auszuführenden Vorschläge feststellte. Berger bezeichnete den Bericht als einen unmenschlichen und unmöglichen Plan, ausgeheckt von einem unmenschlichen und unmöglichen Komitee amerikanischer Bankiers, um den unmenschlichen und unmöglichen Versailles-Frieden auszuführen. Berger verlangte, daß das amerikanische Volk den Plan zurückweist.

Er tat seinen Gefühlen bei der Besprechung des Berichts durchaus keinen Zwang an und erklärte, der Bericht sei offenbar von Poincare diktiert oder doch wenigstens inspiriert. Der Bericht sei bestimmt, das deutsche Volk auf viele Jahre hinaus dem Elend auszuliefern. Er sei ausschließlich das Werk der großen Finanzinteressen der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs. „Der Dames-Bericht“, sagte Berger, „beweist wieder einmal, daß die amerikanische Hochfinanz, und das bedeutet, die herrschende Klasse Amerikas, im Jahre 1924 ebenso neutral zwischen Deutschland und Frankreich ist, wie sie im Jahre 1914 und 1917 war.“

„Der Dames-Bericht beweist noch zwei weitere Dinge“, fuhr er fort, „nämlich erstens, daß, soweit Amerika in Betracht kommt, unsere Teilnahme am Weltkriege einfach von der Hochfinanz diktiert wurde, die der Nation ihren Willen durch eine intensive Propaganda aufzwang. Zweitens, daß der Weltkrieg, soweit die amerikanische Hochfinanz in Betracht kommt, noch im Gange ist, und daß diese mit Hilfe einer intensiven Propaganda in Amerika den Versailles-Friedensvertrag durchzuführen sucht.“

Da dies ein Krieg der großen Bankiers war, so ist es nur natürlich, daß die großen amerikanischen Bankiers eine Kommission großer Bankiers ernennen, die feststellen soll, wieviel Schwweiß und Blut noch aus Deutschland herausgepreßt werden kann. Doch da die Vereinigten Staaten den Versailles-Vertrag nicht unterzeichnet haben, und da die Republikanische Partei mit einer Majorität von siebenhundert Millionen Stimmen zur Macht gelangte, weil Wilson diesen teuflischen Vertrag begünstigte, und weil das Volk die Wilsonsche Regierung haßte, deshalb ging diese Bankierskommission unoffiziell nach Paris, aber mit der stillschweigenden Voraussetzung, daß sie von Coolidge und seiner Regierung gutgeheißen wurde.

Die Kommission wurde von Poincare umschmeichelt und bestochen und sie hat einen Bericht eingereicht, der offenbar von Poincare diktiert oder doch mindestens von ihm inspiriert wurde. Selbstverständlich hat die Kommission den Einfall ins Ruhrgebiet gutgeheißen und es damit gebilligt, daß die Franzosen Deutschland das Lebensblut ausaugen. Die Dames-Berichtsvorschläge bilden den gründlichsten und teuflischsten Plan, einer Nation den letzten Blutstropfen auszupressen, der jemals in der Weltgeschichte ausgeheckt worden ist. Und das schlimmste ist, daß die Kommission nicht angibt, wann Deutschland seine Schulden bezahlt haben soll.

Die Annahme mancher Leute, daß Deutschland dadurch eine Ruhepause von drei oder vier Jahren erhalten wird, ist irrig. Deutschland wird noch nicht für eine Minute Ruhe haben. Frankreich wird ihm in der Ruhr und in der Pfalz an der Kehle sitzen bleiben. Frankreich sucht offenbar nach einem Vorwand, sich in den Besitz sämtlicher Eisenbahnen, Bergwerke und Fabriken Deutschlands zu setzen, und die Dames-Kommission liefert ihm diesen Vorwand.

Keine deutsche Regierung kann versprechen, diesen teuflischen Kontrakt auszuführen, weil die deutsche Nation nicht existieren kann, wenn sie den Plan annimmt. Wenn eine deutsche Regierung diesen Plan annimmt, so tut sie das unter der Illusion, daß Deutschland, das sich in Bezug auf Nahrungsmittel und Rohmaterial in verzweifelter Lage befindet, dadurch eine Gelegenheit erhält, sich beides zu verschaffen.

Des Herzens Gebot.

Original-Novelle von Fr. Lehne.

16) Nachdruck verboten.

„Fräulein Odenberg, Mutterchen? Du scherzest.“ Das Gehörte war ihm so unbegreiflich — wie konnte denn das sein? Die vermählte, nur an sich denkende Dagmar Odenberg als Pflegerin seiner Mutter — er stand vor einem Rätsel.

„Stuhlst du mir nicht? Väterchen wird es dir schon bestätigen — die Nächte hindurch hat sie an meinem Bette gesessen! Frage auch Doktor Niemann.“

„Wie kommt es überhaupt, daß Fräulein Odenberg schon wieder hier bei euch ist? Seit wann denn? Und daß ihr mir gar nichts davon geschrieben habt!“

„Sie wollte es durchaus nicht, mein Jungchen! Wir mußten es ihr ganz fest versprechen, es nicht zu tun! Sie schämte sich vor dir, hat sie gesagt, weil sie erst doch immer Langeweile geklagt hat!“

„In der Tat! — Aber warum ist sie denn wiedergekommen? War sie krank?“

Er stellte diese Fragen in möglichst gleichgültigem Tone, obwohl er vor Begierde brannte, den Grund ihrer Rückkehr zu erfahren.

Die Mutter machte ihr liebes wichtiges Gesicht.

Sie hat mit ihrer Mutter eine Meinungsverschiedenheit gehabt. Sprich aber nicht darüber, Jungchen! Sie sollte nämlich einen Grafen heiraten, hat ihn aber abgewiesen, weil sie ihn nicht liebte. Deshalb ist ihre Mutter böse auf sie geworden, und sie ist zu uns gekommen, weil sie nicht wußte, wohin siehst du, und das hat mich so gefreut, daß sie sich da auf uns bekommen hat!“

„Mutterchen, nun hast du mir doch Fräulein Odenbergs Geheimnisse verraten — ei, ei — wenn sie das wüßte!“ versuchte er zu scherzen. Ihm war ganz wunderbarlich zumute geworden. Was mochte Dagmar bewogen haben, freiwillig auf eine so besorgte Lebensstellung zu verzichten? Er wagte nicht, weiter zu denken.

Mit einem Wort: Der Dames-Vorschlag kann unmöglich zur Ausführung kommen.“

Separatistische Vorschläge in der Pfalz?

Speyer, 14. Juni. Am vergangenen Mittwoch fand, wie jetzt bekannt wird, bei der französischen Bezirksdelegation in Speyer eine zweitägige Konferenz statt, an der alle Separatistenführer und die Vorstandsmitglieder der sogenannten „Rheinischen Arbeiterpartei“ teilnahmen. Sehr bezeichnend dafür, daß General de Metz seine alten Pläne noch nicht aufgegeben hat, ist der Umstand, daß bei dem Oberleutnant Pasquier vom Stabe des Generals de Metz die berichtigten Separatistenführer Schmitz-Epper und Sillberg, welche letzterer ein im rechtsrheinischen Deutschland wegen Betrugs und Unterschlagung mit Gefängnis vorbestrafter Pole ist, fast täglich ein und ausgehen. Die planmäßige Begünstigung der Separatisten in der Pfalz geht auch aus dem Verhalten der Bezirksbelegierten hervor. Diese verlangen (!) neuerdings, daß die während der Separatistenherrschaft an die separatistischen Bezirksämter geleisteten Beiträge für die Ausstellung ungültiger Separatistenjagdbarten Wandergewerbescheine usw. von den ordnungsmäßigen Behörden bei der Ausstellung neuer gültiger Ausweise angerechnet werden. Die offensibare Begünstigung der Separatisten in der Pfalz soll diesen vor Augen führen, daß sie bei einem neuen Putz, wie er jetzt vom Rheinlande aus geplant zu sein scheint, auf die Unterstützung General de Metz rechnen können.

Das „gereinigte“ Stallen.

Privatgeschäfte im Innenministerium. — Mussolini bildet sein Kabinett um?

Rom, 16. Juni. Die Berichterstattung über den Fall Matteotti ist dadurch erschwert, daß die Nachrichten nach dem Auslande der Zensur unterliegen. Die Demission des Unterstaatssekretärs Finzi, des Präsidenten Rossi und des Direktors des Corriere Italiano Filippelli haben auf die Bevölkerung Eindruck gemacht. Allgemein werden die Demissionen darauf zurückgeführt, daß endlich Persönlichkeiten, die seit langer Zeit alles wußten, sich entschlossen haben, zu sprechen und zu handeln. Es bedurfte des Ereignisses Matteotti, um die Unzufriedenheit im Lande über die Führung der Geschäfte des Innenministeriums, für die Filippelli die Reklame machte, bis zu den Ohren Mussolinis gelangen zu lassen. Es wird heute auch in den sozialistischen Kreisen nicht in Abrede gestellt, daß man im Innenministerium Privatgeschäfte machte und vor keinem Mittel zurückschreckte, mißliebige Personen zum Schweigen zu bringen. Messagero bestätigt, daß der Abgeordnete Delacroix im Namen eines großen Teils der Mehrheitsabgeordneten von Mussolini die Demission einiger seiner Mitarbeiter verlangt habe. In parlamentarischen Kreisen wird behauptet, daß Mussolini sein Kabinett einer gründlichen Umwidmung unterziehen soll. Filippelli soll nach seinem Verhör beim Untersuchungsrichter Rom im Auto verlassen haben. Ueber die Geschäfte des Innenministeriums wird u. a. erzählt, daß dort von der Sinelco-Gesellschaft Beträge bezahlt wurden um die Petroleumkonzessionen in Italien zu erhalten. Ferner wird die Summe genannt, die das Spielhaus in Monte Carlo angeboten habe, um auch die italienischen Spielhöhlen zu verwalten. Es scheint aber doch, daß Mussolini, der für den Faschismus gefährlichen Situation durch sein energisches Eingreifen gegen die Korruption Herr wird. Auch das Gerücht sei verzeichnet, daß Filippelli bei dem Versuch Rom zu verlassen, verhaftet worden sei. Auch werden aus dem Lande Verhaftungen gemeldet. In Mailand wurden in einem faschistischen Lokale Waffen und Bomben beschlagnahmt. Auch die Aktion der Sozialisten und Kommunisten scheint sich verschärft zu haben, denn in Rom sind Versammlungen verboten und einige Kommunisten verhaftet worden.

Die Wirkung der Morbata.

Ein Bund der sozialistischen Parteien aller Länder zur Bekämpfung der Reaktion.

London, 16. Juni. Die Ermordung des italienischen Sozialisten Matteotti durch Faschisten hat im Lager der französischen und englischen Sozialisten eine ungeheure politische Erregung ausgelöst. Die französischen Sozialisten haben an das von Friedrich Adler geleitete Büro der Internationale, ein Telegramm gerichtet, in dem sie die zweite Internationale auffordern, sofort einen Bund der sozialistischen Parteien aller Länder zu bilden, der sich die wirksame Bekämpfung des Faschismus und der Reaktion zur Aufgabe setzen soll.

Der Daily Herald, der dem Raubakt einen Leitartikel widmet, sagt, daß es die Aufgabe der demokratischen Kräfte der ganzen Welt sei, dem italienischen Volk klar zu machen,

„Ja, mein Jungchen, du wirst noch mehr über sie staunen, wenn du erst weißt, wie sehr sie sich geändert hat! Gar nicht zum Wiedererkennen! Sie hilft im Haushalt, hat für Väterchen gesorgt, während ich untätig hier liegen mußte. Sie ist sogar mit ins Dorf zu den Kranken und Armen gegangen!“

Bernhard legte jetzt seine Hand auf den Mund der Mutter. „Sprich nicht mehr, Mutterchen, es strengt dich zu sehr an! Und was Fräulein Odenberg betrifft — sie ist eben vernünftig geworden; dein Beispiel hat segensreich gewirkt. Wie könnte es wohl auch anders sein, du Güte!“

Wenn sie ahnte, was sie ihm mit ihren Mitteilungen gegeben hatte! Denn trotz allem, was er Bitteres durch sie erfahren, hatte er Dagmar nicht vergessen können!

Warum hatte sie auf eine glänzende Heirat verzichtet? Warum war sie wieder hierher gekommen, um unter Leitung seiner Mutter ein Leben anzufangen, das ganz verschieden von ihrem früheren war? War es eine Laune oder sollte er hoffen dürfen, daß es seinetwegen geschah? Alles Blut strömte ihm zum Herzen, wenn er daran dachte.

Aber doch suchte er keine Gelegenheit, die ihm ein Alleinsein mit Dagmar ermöglichte. Meistens hielt er sich am Bett der Mutter auf. Dagmar blieb deshalb dem Krankenzimmer fern; nur kurze Minuten war sie anwesend, um für die Pflegerin zu sorgen, ihr etwas Essen zu bringen und so weiter. Ihre gewohnte Sicherheit hatte sie ganz verlassen; sie wagte kaum, Bernhard anzusehen, wenn er sich mit irgend einer Bemerkung oder Frage an sie wandte. Er sprach gleichgültig lässig, doch sehr höflich, und sie fühlte sich gedrückt durch sein förmliches Verhalten, das nichts von der Herzlichkeit früherer Tage an sich hatte.

Sie hatte ihr Glück verspielt. Bernhard Wagner war nicht der Mann, zweimal zu bitten!

Die drei Tage, die der junge Arzt bleiben konnte, waren um. In einer Stunde würde der Wagen da sein, der ihn nach der Station bringen sollte.

Dagmar hatte es gehört; sie fühlte, wie sich Tränen in ihre Augen drängten, und unter irgendeinem Vorwand verließ sie das Zimmer.

was die offizielle Meinung außerhalb Italiens von dem Ungeheuer denkt, das Mussolini in der Form des Faschismus gezogen habe und das nun im Begriffe sei, sich stärker zu erweisen, als sein Schöpfer.

Rabinettskrise.

Als Folgeerscheinung des Falls Matteotti.

Rom, 16. Juni. Die Affäre Matteotti wächst sich immer mehr zu einer politischen Krise ersten Ranges aus. Auf Anregung einiger Minister hat das Gesamtkabinett dem Ministerpräsidenten Mussolini die Portefeuilles zur Verfügung gestellt. Mussolini ist also frei, seine Entschlüsse zu fassen. Er kann dem König die Gesamtdemission des Kabinetts anbieten und dann selbst ein neues Ministerium bilden, er kann aber auch innerhalb des Kabinetts die ihm notwendig erscheinenden Änderungen vorschlagen. Der Ministerrat wurde auf heute abend dringend einberufen.

Dr. Schacht über die Kolonialfrage.

Deutschland muß wieder zu kolonialer Betätigung zugelassen werden.

Berlin, 16. Juni. Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der schon mehrfach öffentlich dafür eingetreten ist, daß Deutschland wieder zur kolonialen Betätigung zugelassen werden soll, äußerte einem Mitarbeiter der Vossischen Zeitung gegenüber sich über das Problem der deutschen Kolonialfrage. Dr. Schacht erklärte, daß es sinnlos sei, aus seinen Gedanken, wie es bereits heute geschehen sei, eine Tendenz zum Kolonialimperialismus herauslesen zu wollen. Im Gegenteil würde eine betriebende Lösung der Kolonialfrage, die Deutschland die Möglichkeit zu dauernder friedlicher Betätigung bieten würde, die internationale Befriedigung fördern. Dr. Schacht hält die Lösung der Kolonialfrage auf internationaler Basis für möglich, wenn nämlich Kolonialmächte sich an der Errichtung einer internationalen Kolonialgesellschaft beteiligen.

Zur Begründung seines Standpunktes sagte Dr. Schacht das ganze Problem in drei Gesichtspunkte zusammen: Am Reparationen zu zahlen, muß Deutschland für seine Produktionsmärkte haben. Die alten Kulturländer dürften kaum bereit sein, der deutschen Wirtschaft solche Märkte zu gewähren. Es bedarf daher neuer, aufnahmefähiger Kolonialgebiete, die unter deutscher Mitwirkung für diesen Zweck entwickelt werden müßten. Deutschland braucht für seine dichte Bevölkerung ein Siedlungsgebiet. Weil die anderen Kulturländer kaum bereit sein dürften, größerer deutsche Volksmengen bei sich aufzunehmen, kann es sich auch hier nur um koloniale Siedlungsgebiete handeln.

Auch das würde ein weiteres Moment zur Beruhigung der Welt bieten. Ein drittes, und das hauptsächlichste Moment für den dringenden Bedarf an Kolonialbetätigung, liegt darin, daß Deutschland seine kolonialen Rohstoffe im fremden Valuta bezahlen muß. Würde es in der Lage sein, diese selbst zu produzieren, so würde es sich seine Valutasituation erheblich erleichtern und Deutschland umso eher die Ziele zu verwirklichen in der Lage sein, die das Damesgutachten anstrebt.

Der Kanzler über die Verhältnisse im Rheinland.

Köln, 14. Juni. Reichskanzler Dr. Marx äußerte dem Berliner Vertreter der „Kölnischen Volkszeitung“ gegenüber u. a. folgendes:

Unsere Hoffnung gründet sich darauf, daß jetzt eine Verständigungsbereitschaft auf Grund des von den Verbandsmächten und von uns angenommenen Damesgutachtens vorhanden ist. Die Wiederkehr normaler Zustände im Westen des Reichs und in Deutschland muß ich in einem Atem nennen. Wirtschaftliche Höchstleistungen und Bedrückungssystem das vertrat sich nicht miteinander. Die vertraglich festgelegte Befugung am Rhein ist schon an sich eine äußerst schwere Belastung für das deutsche Volk und zwar sowohl in politischer wie in volkswirtschaftlicher Hinsicht. Eine Lösung kann nur unter der Voraussetzung erfolgen, daß die Hoheitsrechte des Deutschen Reichs über das deutsche Rheinland voll gewahrt bleiben. Einweilen aber gilt es jetzt, erst die Ruhrangelegenheit mit allen ihren schlimmen Folgen aus der Welt zu bringen, daß es kein Hindernis der europäischen Befriedigung mehr werden kann. Ich hoffe, daß die neue französische Regierung durch einen Akt des Gehlmutz denen Freiheit und Heimat wiedergibt, die Opfer ihrer Vaterlandsliebe geworden sind. Dr. Stresemann hat in seiner Reichstagsrede darauf hingewiesen, daß die Räumung des Ruhrgebietes eine Prestigefrage sei. Ich möchte glauben, daß an dieser Prestigefrage auch für Frankreich die Verhandlungen über die Reparationen nicht scheitern dürfen. Wer das Dames-Gutachten will, der muß auch die inneren und äußeren Notwendigkeiten wachen, die sich aus diesem Gutachten ergeben. Unvereinbar mit dem Dames-Gutachten ist aber auch die Aufgabe erwandt, daß jetzt noch das Hafens- und Industriegebiet von Offenbürg und Appenweier, Wesel, Emmerich, Elburg, Königswinter, Karlsruhe, Caub und Darmstadt besetzt gehalten wird, insbesondere daß das Mannheimer Wirtschaftsgebiet durch die Hafensbesetzung großen Schaden erleidet. Endlich ist es unerlässlich, daß bei der allgemeinen Regelung neben der Beseitigung der Zollgrenze auch die Beschränkungen zum Beispiel bei der Ein- und Ausreise fallen, die den Einzelnen sowohl als auch die Gesamtheit sinnlos belasten. Die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Einheit des besetzten Gebiets mit dem Reich ist in dem Sachverständigengutachten ausdrücklich festgestellt worden. Die politische Einheit und Verbundenheit des besetzten Gebiets mit dem unbesetzten Gebiet ist eine Tatsache, die auch die früheren französischen Machthaber nicht ändern konnten.

Keine französische Regierung wird sich der Erkenntnis auf die Dauer verschließen können, daß das Rheinland deutsch ist und deutsch bleiben will. Wenn Frankreichs neue Männer diesen Zustand ehrlich achten, dann wird und muß auch eine Verständigung mit ihnen möglich sein.

Dr. Stresemann über das Gutachten.

Nicht mehr scheinen wollen als wir sind! — Die Schäden der großen Paraden.

Karlsruhe, 15. Juni. Reichsaußenminister Dr. Stresemann sprach heute vormittag auf Einladung des Landesverbandes der Deutschen Volkspartei Badens im Konzerthausaal über die Außenpolitik Deutschlands und Sachverständigengutachten. Im Anschluß an seine bekannte Rede im Reichstag wies der Minister auf die jüngsten Veröffentlichungen des Auswärtigen Amtes von 1871 bis 1914 hin, die er als einen äußerst wichtigen Akt in der Kriegsschuldfrage bezeichnete. Das oberste Gebot der deutschen Politik sei damals die Sorge um die Erhaltung des Friedens gewesen und es sei eine historische Unwahrheit, Deutschland des Hinterarbeitens auf den Weltkrieg zu bezich-

tigen. Deutschland habe zwar in dieser imperialistischen Epoche in der Wahl seiner Bundesgenossen und der sich ihm bietenden Möglichkeiten der Erhaltung seiner Weltmacht keine sehr geschickte Diplomatie betrieben, aber es habe aufrichtig wie kein anderer Staat ein halbes Jahrhundertlang Europa und der Welt den Frieden zu erhalten gesucht. Jede Opposition sei unfruchtbar, wenn sie sich nur im Schimpfen, aber nicht im Befähigen äußere. Die große vaterländische Aufgabe der Zukunft sei die nationale Einheitsfront.

Im Vordergrund der weiteren Betrachtungen stand das Sachverständigen-Gutachten. Die Deutsche Volkspartei kenne zwar die gefährlichen Bestimmungen des Gutachtens, werde aber nichts unterlassen, um das Bestmögliche für die Nation herauszuholen. Selbstverständlich müsse es auch von der Gegenseite als unteilbares Ganzes angenommen und nach seiner Ansicht die Konsequenzen daraus gezogen werden. Es sei zu hoffen, daß die Deutsche Reichsbahn von den Sachverständigen erwarteten Betrag von 660 Millionen Goldmark erbringen werde und daß die wirtschaftlich an Deutschland interessierten Staaten jeden Versuch einer gewaltsamen militärischen Lösung der Reparationsfrage zurückweisen würden. Als künftige Ehrenfragen des deutschen Volkes nannte der Minister vor allem die Wiederherstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, das Ende der Regiebahnen, die Rückkehr der Gefangenen und Ausgewiesenen, die militärische Räumung des vertragsmäßig und nicht vertragsmäßig besetzten deutschen Gebiets. Wenn man der neuen Regierung von Frankreich unvoreingenommen begegnet, würde die Entspannung der internationalen Lage wesentlich gefördert werden, die durch die Sonntagsredenpolitik Poincarés vergiftet worden sei.

Nach dieser Rechtfertigung der deutschen Außenpolitik und einer Zurückweisung deutschnationaler Vorwürfe, die sich hauptsächlich gegen das Sachverständigen-Gutachten richteten, schloß der Außenminister mit einem eindringlichen Appell: nicht mehr scheinen zu wollen, als wir sind. Durch rauschende vaterländische Feste und große Paraden werde dem Ernst der Situation in keiner Weise Rechnung getragen und das Ansehen im Ausland erheblich geschädigt. Nationale Politik könne auch im Schweigen und Dulden liegen. Nur mit den wirtschaftlichen Interessen der Welt und dem einheitlichen Willen der Bevölkerung könne ein Außenminister mit Erfolg arbeiten. Nach Jahren der äußersten Anstrengung, Sparsamkeit und Unterordnung unter den Staatsgedanken werde das deutsche Volk wieder zur Freiheit und alten Größe kommen.

Dem Gedenken der verlorenen und besetzten Gebiete.

München, 15. Juni. Heute fand die feierliche Grundsteinlegung des Denkmals statt, das der Erinnerung an die abgetrennten und unter fremder Herrschaft stehenden deutschen Gebiete dienen soll. Den Festakt nahm der frühere bayerische Kronprinz Rupprecht vor, der in großer Generalsuniform erschien. An der Feier nahmen das gesamte Staatsministerium, Vertreter mehrerer Länder und viele ehemalige hohe Offiziere teil; auch Rahr als Regierungspräsident von Oberbayern war erschienen, ebenso sämtliche vaterländische und Regimentsvereinigungen Bayerns. Die Reichswehr hatte eine Ehrenkompanie gestellt. Die Studentenverbindungen hatten in vollem Wuchs aufgestellt genommen. In der ersten Reihe standen Abordnungen der Ausgewiesenen aus den verschiedenen besetzten Gebieten. Die Festrede hielt Professor Herold aus Hof, der der verlorenen Gebiete gedachte und ihnen den Dank des Vaterlandes für ihre Treue aussprach. Kronprinz Rupprecht hielt sodann eine kurze Ansprache, in der er das schwere Unrecht betonte, das den deutschen Völkern durch die Wegnahme ihrer Gebiete zugefügt worden ist. Gegenüber den bedrückten Völkern könne es nur Treue um Treue geben. Dann fiel die Hülle und unter den Klängen der Musik wurden die Kränze der einzelnen Gebiete aufgehängt. Die Menge sang das Deutschlandlied. Kronprinz Rupprecht war Gegenstand lebhafter Kundgebungen. Zu irgend welchen Zwischenfällen ist es bei der Feier nicht gekommen.

Dr. Luther über die Wirtschaftslage.

Bad Pyrmont, 16. Juni. In der Versammlung der Niedersächsischen Wirtschaftsverbände ergriff gestern Reichsfinanzminister Luther das Wort. Er führte u. a. aus: Seit die Rentenmark geschaffen worden ist, hat das deutsche Volk alzu schnell vergessen, wie es früher war. Ich warne davor, daß wir wieder in die alte Trümerei verfallen, auch angesichts des Sachverständigen-Gutachtens. In unserer großen Not gibt es kein schnelleres Heilmittel. Für uns kann es nur ein langsames Arbeiten und Emporkommen geben. Die Regierung kennt genau das Hemmnis, den Mangel an Geld und Kredit, die schwer auf uns lasten. Die Stunde ist da, in der wir alle begreifen, daß es nötig ist, daß ein frischer Wind durch unsere Wirtschaft weht. Eine der wichtigsten Fragen ist die Kreditfrage. Wir müssen Auslandskredite bekommen, um wieder arbeiten zu können. Wenn wir heute in eine Inflation hineingerieten, dann laufen wir in eine Katastrophe. Der Zahlungsmittelumsatz stellt sich heute auf etwa drei Milliarden Goldmark, während in der Inflationszeit nur etwa 800 Millionen Goldmark im Umlauf waren; wir haben heute mehr Gold im Umlauf als damals. Der Minister kam dann auf die Rentenmark zu sprechen und erklärte hierzu, der Grundgedanke führe auf Heflichkeit zurück; alles andere hat die Regierung gemacht, mit einer Schnelligkeit, wie sie nicht überboten werden könnte. Die Regierung hat trotz aller Verzögerungsversuche keinen Tag zu verlieren, um zu einer gesunden Basis der Volkswirtschaft zu kommen. Eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung ist es, das Steuersystem den kommenden Verhältnissen anzupassen. Urfache: Wahrung muß unbedingt gehalten werden. Jeder muß zu seinem Teil anpacken, um zu retten, was zu retten ist, nämlich unser deutsches Volk und deutsches Vaterland.

Die Aufwertung der Kommunalanleihen.

Berlin, 16. Juni. Wie die Germania hört, finden in den nächsten Tagen bei den zuständigen preussischen Ministerien Verhandlungen mit Vertretern der Kommunalverbände und Stadt- und Landgemeinden über die Frage einer Aufwertung der Kommunalanleihen statt. Für die öffentlichen Sparkassen wurden Richtlinien für eine einheitliche Aufwertung getroffen, jedoch ist über den Zeitpunkt dieser Aufwertung noch nichts bekannt.

Aufhebung der Ausreisegeldern.

Berlin, 16. Juni. Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, dem Reichspräsidenten die Aufhebung der Ausreisegeldern von 500 Mark zu empfehlen. Der Reichspräsident hat sich einverstanden erklärt. Der Erlaß einer entsprechenden Verordnung steht bevor. Das Reichskabinett geht bei seinem Beschluß davon aus,

daß die bekannten Gründe, die seinerzeit zur Einführung der Verordnung geführt haben, nämlich die besonders bedrohliche Lage der Währung, zur Zeit in gleichem Ausmaße nicht mehr bestehen. Die Verordnung hat aber als unvermeidliche Notmaßnahme ihre Schuldigkeit getan. Sie hat besonders bewirkt, daß der Osterverkehr nach dem Süden, der sonst unerschwinglich und nach der Art der im Frühjahr Reisenden besonders kostspielig gewesen wäre, abgestoppt worden ist. Zahllose Goldmillionen, die im wesentlichen zu Vermögenszwecken ausgegeben worden wären, sind dadurch im Inlande zurückgehalten worden und der Gesamtwirtschaft erhalten geblieben. Nachdem die Lage der Währung die Aufrechterhaltung einer so einschneidenden Maßnahme nicht mehr zwingend erfordert, kann nunmehr die Aufhebung der Verordnung erfolgen. Diese Aufhebung entspricht der bei Erlaß der Verordnung sofort erklärten Absicht, sie nicht länger aufrecht zu erhalten, als es zum Schutze der Währung unumgänglich notwendig sei.

Die Sicherheit auf der Eisenbahn.

Der schwere Eisenbahnunfall auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin wirft neuerdings wieder die Frage auf: Wie steht es mit der Sicherheit auf den deutschen Eisenbahnen? Stolz erinnert sich jeder, daß die deutschen Eisenbahnen vor dem Kriege, was Betriebssicherheit anbelangt, an der Spitze aller Eisenbahnverwaltungen standen. Es betragen die Betriebsunfälle im ganzen, gerechnet auf 1 Million Zugkilometer, im Jahre 1913 4,7 nachdem sie 1890 noch 11,3 und 1880 sogar 17,9 betragen hatten. Demgegenüber betrug die gleiche Zahl der Betriebsunfälle für die Eisenbahnen in Oesterreich-Ungarn im Jahre 1913 14,5 und für alle Bahnen des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen, der sich bekanntlich über die politischen Grenzen Deutschlands hinaus erstreckt im Jahre 1913 7,8. In anderen Ländern, vor allem in Amerika, sind die entsprechenden Zahlen weit höhere. Während des Kriegs und in der Kriegsfolgezeit haben sich leider die für Deutschland genannten Zahlen ungünstig verändert. Die Zahl 4,7 vom Jahre 1913 stieg bis zum Schluß des Krieges auf rund 10, während sich die Zahl der auf 1 Million Zugkilometer getöteten und verletzten Reisenden von 1,83 im Jahre 1913 auf 10,36 im Jahre 1918 vergrößert hat.

Die Gründe sind, wie Geheimrat Oberbaurat Zirkler in der „Berkehrstechnischen Woche“ ausführte, bekannt: Unregelmäßigkeit im Betrieb infolge der hohen militärischen Anforderungen, Verschleiß und Zermürbung von Menschen und Material und die notwendige Verwendung ungeeigneter Ersatzstoffe und ungeeigneten Ersatzpersonals. Um die Wende von 1919 ist eine Besserung der Verhältnisse eingetreten, die auch stetig fortgeschritten ist, so daß die Zahl der Gesamtunfälle auf 1 Million Zugkilometer wieder rund 6 beträgt. Was heißt dies? Da der Erdumfang 40 000 Kilometer beträgt, so muß ein Zug 25 mal um den Äquator herumfahren, er erlebt alsdann 6 Betriebsunfälle. Oder wenn ein Zug viermal den Äquator umkreist, hat, so ist erst ein einziger Unfall auf dieser langen Reise passiert. Nicht jeder Betriebsunfall hat die Verletzung oder Tötung von Reisenden zur Folge. Auf 1 Million Zugkilometer kann man heute mit der Verletzung oder Tötung von fünf Reisenden rechnen, und dabei sind auch die leichtesten Verletzungen, Hautabschürfungen usw. einbezogen.

Das katholische Ordenswesen in Deutschland.

Nach der Statistik, die P. Krosje S. J. im neuesten Band des kirchlichen Handbuchs für das katholische Deutschland verzeichnet, hat das Ordenswesen der katholischen Kirche in Deutschland außerordentliche Fortschritte gemacht. Die Zahl der Ordensniederlassungen für Männer in Deutschland ist von 418 Ende 1927 auf 468 Ende 1922 mit 9700 Mitgliedern und die der Niederlassungen für Frauen von 6116 Ende 1921 auf 6216 Ende 1923 mit 74 350 Mitgliedern gestiegen, also zusammen auf 6802 Niederlassungen mit 84 050 Ordensleuten angewachsen. Das bedeutet gegenüber 1921 eine Zunahme von 50 Ordenshäusern für Männer mit 1032 Mitgliedern und von 200 Niederlassungen für Frauen mit 3497 Mitgliedern. Seit dem Verfassungsjahr 1919 hat also die kath. Kirche trotz der Ungunst der Zeit und der Lebenslage in Deutschland 250 Klosterniederlassungen gründen können. Auf Preußen entfallen 3284 Niederlassungen mit 23 873 Mitgliedern, auf Baden 813 Niederlassungen mit 5472 Mitgliedern, auf Württemberg 504 Niederlassungen mit 4009 Mitgliedern, auf Hessen 156 Niederlassungen mit 1697 Mitgliedern und auf Sachsen 33 Niederlassungen mit 313 Mitgliedern.

Deutsch-evang. Kirchentag.

Bielefeld-Bethel, 15. Juni. Der erste versammlungsmäßige deutsche Kirchentag der im Kirchenbund zusammengeschlossenen 28 deutschen Landeskirchen, wurde unter fast vollständiger Beteiligung seiner 210 Abgeordneten sowie hervorragender Vertreter der schweizerischen, deutschösterreichischen, schwedischen, finnischen, dänischen, englischen und anderer ausländischer Kirchen mit einem Festgottesdienst durch den rheinischen Generalsuperintendenten Klingemann-Koblenz in der Altstädter Kirche eröffnet. In der vorausgegangenen Sitzung des Kirchenbundesrats, des Organes der Kirchenregierungen, wurden die Bundesgesetze durchberaten und angenommen.

Würde.

Wenn ich Geschichte richtig gelesen habe, so hat ein englischer Minister noch niemals seinem Lande gut gebient und sich dabei einer Beliebtheit im Auslande erfreut. Ich will fremden Staatsmännern keine Belehrungen erteilen, nehme aber auch keine von ihnen an.“ Diese stolzen Worte rief während des Burenkrieges Englands Kolonialminister Chamberlain einer feindselig gesinnten Welt zu. Er hat noch heute recht: ein Staatsmann, der seinem Vaterlande gut dient, wird sich niemals im Auslande einer großen Beliebtheit erfreuen. Es ist kennzeichnend für die politische Ahnungslosigkeit des deutschen Volkes, daß die Anschauung geradezu vorherrschend ist, daß unsere Regierung danach streben müsse sich im Auslande beliebt zu machen. Die sozialdemokratische Partei macht ja ihre „Außenpolitik“ immer vor dem Eindruck im Auslande abhängig. Für das Würdelose dieser Haltung scheint man kein Verständnis zu haben.

Man sollte eigentlich annehmen, daß wenigstens die regierungsamtlichen Ausstellungen einen anderen Ton anschlagen, daß wenigstens dort die Haltung würdig sei. Leider ist dem nicht so. Die regierungsamtliche Darstellung des Sachverständigenberichtes leistet sich folgende Kraftstöße: „Wenn nun auch zweifellos die Zusammenfügung der Ausschüsse weder dem Vorschlage des Staatssekretärs Hughes noch den deutschen Forderungen in Bezug auf die unmittelbare Beteiligung Deutschlands entsprochen hat, so darf dieses Moment in seiner Tragweite doch nicht überschätzt werden. Einmal hat der deutsche Stand-

punkt zu den einzelnen Materien ausgiebig dargelegt werden können, und in den Hauptfragen, wie z. B. Festlegung einer Endsumme, wären die deutschen Vertreter im Ausschusse doch überstimmt worden. So aber fällt die Verantwortung für das Gutachten Dames voll der Gegenseite zu.“

Das ist genau der Standpunkt vom kleinen Hans, der einmal erklärte: es geschieht meinem Vater ganz recht, daß ich die Finger erfroren habe, warum hat er mir keine Handschuhe gekauft.“

Wenn endlich wird es in Deutschland tagen, daß nicht Liebedienerei und Sichbeugen vor dem Auslande, sondern trostige Selbstbehauptung gerade der Ehrenpunkte unser Schicksal ändern kann?

Die „Times“ schreiben einmal: „Die Deutschen tragen ihr Unglück nicht mit Würde.“ Das ist leider wahr; sorgen wir, daß es anders wird.

Baden.

Baden und das Gutachten.

Die badische Regierung geschlossen auf dem Boden des Reichskabinetts.

Karlsruhe, 17. Juni. Die badische Regierung stellt zu der Karlsruher Meldung des B. L. über eine Länderkonferenz zum Sachverständigen-Gutachten fest, daß ihr von einer solchen Konferenz nichts bekannt ist und daß eine solche auch nicht stattgefunden hat. Die badische Regierung stellt sich geschlossen auf den Boden der Beschlüsse, die die Reichsregierung bezüglich der Annahme des Dames-Gutachtens gefaßt hat. Bei der kürzlichen Konferenz der Länder hat der badische Staatspräsident Dr. Köhler diesen Standpunkt unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Alle anders lautenden Meldungen widersprechen, soweit die Stellung der badischen Regierung zum Sachverständigen-Gutachten in Frage kommt, völlig den Tatsachen.

Zur Befolgung der Bürgermeister.

Karlsruhe, 16. Juni. Das Reichsschiedsgericht hat für die Bewertung der Bürgermeister in Landgemeinden und Städten bis zu 25 000 Einwohner Grundsätze aufgestellt. Hiernach können die berufsmäßigen hauptamtlichen Vorstände der Gemeinden eingeteilt werden: In Gemeinden bis zu 1500 Einwohnern bis zur Gruppe 7, mit 1500 bis 2500 Einwohnern in die Gruppe 8, mit 2500 bis 5000 Einwohnern in die Gruppe 9, mit 5000 bis 8000 Einwohnern in die Gruppe 10, mit 8000 bis 15 000 Einwohnern in die Gruppe 11, und mit 15 000 bis 25 000 Einwohnern in die Gruppe 12 der Reichsbefolgsordnung. In besonderen Fällen darf die Stelle der Bürgermeister um eine Gruppe höher gewertet werden. Liegen ganz besondere Ausnahmefälle vor, nach denen die Regelung der Bezüge nach den Grundätzen ersichtliche Unbilligkeiten mit sich brächte, kann eine noch höhere Eingruppierung stattfinden. Der Reichsfinanzminister hat diese Grundsätze gemäß Paragraph 9a des Befolgsordnungsgesetzes (vergl. Art. 11 Ziffer 7 der Reichspersonenabbauregung vom 27. Oktober 1923) im Reichsbefolgsblatt Nr. 15 vom 22. März 1924 bekanntgegeben. — Solche Aufstellungen sind Richtlinien, die aber vor den Gemeinden nicht übernommen zu werden brauchen.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 17. Juni. (Freilichtaufführung auf dem St. St.) Am Fronleichnamstag nachmittags 5 Uhr führt im Anstaltshofe des St. St. das Bad. Volkstheater Göttsche Meisterwerk „Iphigenie auf Tauris“ auf. Es ist die erste Freilichtaufführung, die in Sinsheim veranstaltet wird; sie dürfte darum reges Interesse bei der Bevölkerung erwecken. Da mit einem Massenbesuch gerechnet wird, ist von der Theaterleitung ein Einheitspreis von 1 Mk. festgesetzt worden. Die Iphigenie spielt Toni Faas, die sich als Darstellerin der Medea hier einen großen Freundeskreis erworben hat. Auch die übrigen Rollen liegen in besten Händen. Die Aufführung wird an großstädtischen Bühnen nicht besser gesehen. Nicht nur die literarisch gebildeten Stände müssen vertreten sein, sondern auch die Landbevölkerung und die Werkstätigen, denn in Zeiten der Geldknappheit kaum Gelegenheit geboten ist, auswärtige Theater zu besuchen. Darum dürfte die Wiederkehr des von maßgebenden Stellen unterstützten Unternehmens hocherfreulich sein. Sitzgelegenheit für mehrere hundert Personen ist geschaffen. Gute Zugverbindungen nach allen Richtungen ermöglichen den Besuch. Näheres besagt das Inserat.

Sinsheim, 18. Juni. (Meisterprüfung g.) Bei den vom 19. bis 22. Mai in Mannheim stattgefundenen Meisterprüfungen bestand Wilhelm Stähler, Maurer, Sohn des Bauunternehmers Heinrich Stähler, hier, die Meisterprüfung mit der Note Gut.

Sinsheim, 17. Juni. (Falsche Rentenbankscheine.) In verschiedenen Gegenden Deutschlands sind in der letzten Zeit Nachbildungen von Rentenbankscheinen zu 10 und 5 Goldmark aufgetaucht, die auf photographischem Wege hergestellt sind und auf der Vorder- und Rückseite mehr oder weniger entzerrt oder ungenau wiedergegeben. Namentlich die Wiedergabe des Untergrundmusters und in der Farbentönung weichen sämtliche Falschstücke von den echten Scheinen ab. Während das Papier der echten Scheine in der Ausdehnung von einem natürlichen Wasserzeichen durchzogen ist, ist dieses bei den Falschstücken meist durch Druck oder Farbauftragung auf dem helleren Rand der Scheine nachgebildet. Auch falsche Rentenbankscheine zu 10 und 5 Rentenmark werden hier und da in Umlauf gebracht, die ebenfalls an dem Fehlen der Papiermerkmale der echten Scheine, des natürlichen Wasserzeichens und der eingebetteten Fasern leicht als Nachbildungen zu erkennen sind.

Reichen, 16. Juni. (Sängerverein.) Das von Sängerverein „Liederkranz“ gestern bei prächtigem Wetter veranstaltete 25jährige Vereinsjubiläum verbunden mit Wettgesang war nicht nur ein Vereinsfest, sondern ein Volksfest im wahren Sinne des Wortes. Nachdem am Abend zuvor Zapfenstreich mit Feuerwerk vorausgegangen war, folgte Festbankett und zugleich Ehrung der Gründer des Vereins und des Dirigenten Herrn Rob. Meng-Köhen. Der Wettgesang der Gruppe Sinsheim nahm am vormittag seinen Anfang und um es vorweg zu sagen, die Leistungen der einzelnen Vereine waren vorzüglich, was auch die Preisrichter Herren Musikdirektor Arentz und Univ.-Musiklehrer Dr. Leib-Heidelberg anerkannten. Die Leistungen der einzelnen Vereine wurden wie folgt bewertet: 1. Eintracht Jugenhausen 269 P., 2. Germania Sinsheim 245 P., 3. Liederkranz Sinsheim 243 P., 4. Sängerbund Kirchgart 242 P., 5. Liederkranz Reichen 234 P., 6. Sängerbund Rohrbach 227 P., 7. Konkordia Hilsbach 225 P., 8. Sängerbund Weiler 223 P., 9. Liederkranz Hilsbach 205 P., 10. Liederkranz Weiler, 11. Konkordia Ehrstadt 184 P. Zu den

weltfingenden Vereinen hatten sich inzwischen eine stattl. Anzahl benachbarter Sänger eingefunden und ein gewaltiger Festzug bewegte sich zum Festplatz, wo die Besucher vom Vorstand begruft wurden. Es folgte sodann Festsrede, Ueberreichung der Fahnenfahle durch die Festdamen und Gesang wechselte mit Musik und Unterhaltung, uberal frohes Sangesweisse, uberal begeisterte Sänger, ein wahres und natürliches Volksfest.

**Stiftungen, 17. Juni.** (Hundstare.) Der Gemeinderat hat die Hundesteuer auf 8 Mk. festgesetzt, jedoch dieselbe mit der Staatssteuer zusammen 20 Mk. beträgt.

**Bad Rappennau, 16. Juni.** (Gewerbeverein.) Der Gewerbeverein hielt am Samstag Abend in der Brauerei Häffner seine jährliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Herr Glasermstr. Guggolz warf einen kurzen Rückblick auf das verlossene Geschäftsjahr und der Schriftführer Herr Elektrotechnikermeister Braun gab ein ausführliches Bild von der Vereinsaktivitat im verlossenen Jahre, die trotz der widerwertigen Verhältnisse recht erspriechlich gewesen ist. Aus dem von Herr Schuhmachermeister Stier erstatteten Kassenbericht geht hervor, daß das Wirtschaftsjahr mit einem Kassenvorrat abschloß. Der Vereinsbeitrag wurde auf 50 Pfennig im Monat festgesetzt. Die zwei auscheidenden Ausschussmitglieder Herr Zimmermeister Richard Freudenberg und Sattlermeister Poffler wurden wieder gewählt. Zu einer regen Aussprache gab die Haftpflichtversicherung und deren Auswirkung auf das Handwerk Anlaß. Ferner wurde der Plan einer lokalen Ausstellung erwogen.

**Straenraub, Mord, und Selbstmord.**

**Wimpfen, 15. Juni.** Ein schreckliches Geschehnis ereignete sich am gefrigen Sonntag Vormittag gegen 11 Uhr in unserem Nachbardorf Hohenstadt. Der ledige Arbeiter und Barbier Hermann Huber beraubte auf offener Landstraße zwischen hier und Zimmerhof ein des Weges kommendes Ingenieurpaar aus Koblenz, nachdem er es mit vorgehaltenem Revolver des Todes bedroht hatte, wenn es kein Geld herausgibt. Danach suchte er sich im nahen Walde zu verbergen. Von seinem Versteck aus bemerkte er an der gleichen Straße und nicht weit von, der Stelle, wo er sein Verbrechen ausgeführt hatte, einen Mann, der mit dem Ausputzen von Bäumen beschäftigt war. Da er annehmen mußte, daß dieser den Vorgang mitangesehen und ihn erkannt hatte, beschloß er ihn zu beseitigen. Er näherte sich ihm von hinten und gab auf kurze Entfernung einen Schuß auf ihn ab, der ihn in Bauch und Brust traf und vom Baum herunterwarf. Nicht genug damit, suchte er sein todmendes Opfer am Davonlaufen zu verhindern und brachte ihm noch Schläge mit dem Kolben des Browning bei bis er liegen blieb. Darauf ging er in den Wald zurück und tötete sich selbst durch einen Schuß ins Herz. Den heimtucklich angefallenen Baumgärtner Louis Kaltshmidt brachte man sogleich, nachdem erste ärztliche Hilfe geleistet war ins Krankenhaus Heilbronn, wo er sofort operiert wurde. In seinem Aufkommen wird gezweifelt. Große Teilnahme wendet sich der Familie des Ueberfallenen einer Frau mit 5 kleinen Kindern, zu und ebenso den Angehörigen des mitrateen Täters, einer geachteten Arbeiterfamilie.

**Heilighausen, 17. Juni.** (Leutes Heu.) Bei der Heugrasversteigerung aus den Domanenniesen wurde ein sehr hoher Preis geboten; 60 bis 70 Mk. für den halben Morgen. Gegenüber dem Friedenspreis ist dieses Angebot als außerordentlich hoch zu betrachten.

**Heidelberg, 17. Juni.** (Die Nordische Musikwoche fand gestern Abend in Anwesenheit des Staatspräsidenten Kühler aus Karlsruhe einen würdevollen Abschluß. Wie Karlsruhe in der vorhergehenden einen Richard Strauß, so hat Heidelberg vom 11. bis 16. Juni die zeitgenössische Musik des befreundeten Nordens unter dem Protektorat der Stadt und der Universität in der letzten Woche zu Wort kommen lassen. Schon ein flüchtiger Blick in das geschmackvoll ausgestattete Programm zeigt, welch seltene Genüsse, z. T. unter Leitung der Komponisten selbst, geboten wurden. Kammermusik, Kirchenkonzert, Liedermotgen — wobei nordische Lieder in der Ursprache erklangen — wurden von zwei großen Orchester-Konzerten eingerahmt. Ein Altenberg-Stochholm, Kojanus-Helsingfors, Nielsen-Kopenhagen, Graarud-Berlin wuhnten dieser Musikwoche ihr eigenartiges Gepräge aufzudrücken. Aber auch unser heimischer Universitatsmusikdirektor Dr. Poppen wußte sich zu behaupten. — Zu dieser Veranstaltung kam am vergangenen Sonntag der Besuch des Leipziger Mannorchesters mit über 200 Mann unter der Leitung von Gustav Wohlgenut. Beim Schlokonzert gab es Stürme von Beifall. So waren die letzten Tage eine rechte Musikwoche für Heidelberg.

**Heidelberg, 16. Juni.** (Verungluckt.) Ein in Neuenheim bei der Schwemmkanalisation beschäftigter Arbeiter stürzte in einen ca. 6 Meter tiefen Schacht und erlitt so schwere Verletzungen, daß er im Krankenhaus alsbald starb. — Ein 15 Jahre alter Ausläufer stürzte dadurch vom Rade, daß er in die Geleis Spur der Straßenbahn geriet. Im Krankenhaus wurde Gehirnerschuttung festgestellt.

**Altenbach, 17. Juni.** (Ueberhohe Holzpreise.) Die Gemeinde versteigerte dieser Tage aus den Gemeindegewaldungen 150 Ster Forlen-Brennholz. Das Forstamt hatte 10 Mark für den Ster festgesetzt, 15 bis 18 Mk. wurden geboten. Weiter wurden 20 Los Schlagraum, pro Los zu 3 Mark angeboten, versteigert wurde das Los zu 18 bis 20 Mark. So wird das Holz verteuert.

**Ortenberg, 15. Juni.** (Ausstellung.) Am nächsten Sonntag findet hier eine große Kirchen- und Kirchenwasser-Ausstellung der Ortenau statt, die der Förderung des Kirchenbaues dienen soll. In der Ausstellung, die auch von den benachbarten Gemeinden besucht werden wird, werden die wertvollsten Kirchenformen der Ortenau zur Schau gestellt werden.

**Eberach, 15. Juni.** (Gotheanum.) Nach einer schweizerischen Blattermeldung hat die Anthroposophische Gesellschaft in Dornach bei der Gemeindegewaldung von Dornach ein Baugesuch für die Wiederrichtung des abgebrannten Goethaanums eingereicht.

**Schwenningen, 15. Juni** (Ueberfall.) Ein älterer, hier beschäftigter Mann wurde am Pfingstmontag gegen 1 Uhr nachts auf dem Wege von Billingen nach Schwenningen bei Weilersbach von sieben jungen Weilersbacher Burschen ubersfallen, zu Boden geschlagen und so mit Schlägen traktiert, daß der Ueberfallene bewusstlos liegen blieb. Erst nach einiger Zeit kam er wieder zu sich und konnte sich blutüberströmt hierher begeben wo er ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen mußte.

**Darmstadt, 15. Juni.** (Ein Vogelnet in einem Eisenbahnzug) dürfte eine große Seltenheit sein. Darüber berichtet die „St. Pr. Ztg.“: Auf der Strecke Dieburg-Ober-Koden verkehrt täglich ein Eisenbahnwagen, in dem auf dem Untergestell ein Rothwanzchenpaar sein Nest kunstvoll ver-

steckt hat. Die blinden Passagiere haben trotz der Erschütterungen der Fahrt das Brutgeschäft treulich durchgeführt, sodass jetzt 5 Junge das Licht der Welt erblickt haben. Die Fütterung wird auf den Stationen durchgeführt.

**Wirtschaftliche Rundschau**

**Geldmarkt.** Die Geldmarkterhaltnisse sind eine Kleinigkeit freundlicher geworden. Damit ist aber nicht gesagt, daß auch nur eine nahe Aussicht auf eine durchgreifende Besserung besteht, geschweige denn, daß eine Erleichterung des Geldmarktes schon jetzt vorläge. Die Geldklemme besteht uberal, am meisten bei der Industrie. Zwar sind umfangreiche neue Kreditverhandlungen mit Holland, England und Amerika, zum Teil auch mit der Schweiz, angeknüpft worden, die nicht mehr so hoffnungslos erscheinen, als noch vor wenigen Wochen, aber es kann noch lange dauern, bis hinreichende Geldmittel aus Deutschland verliehen werden, um unserer Wirtschaft das Atmen wieder zu erleichtern. Der Zinsfuß hat sich noch nicht geändert. Die Sache sieht nach wie vor unerschwinglich hoch und erschweren den Geschäftsgang. Immerhin mehren sich die Stimmen, die noch im Laufe dieses Sommers einen Umschlag erwarten.

**Börse.** Das Börsengeschäft liegt vollständig darnieder. Wenn es irgendwo eine Belebung aufweist, so ist sie meist herbeigekoren durch Zwangsverkäufe, die bei dem Mangel an Unternehmungslust auf die Kurse drücken. Es fehlt fast ganz an der Nachfrage nach Effekten, weil niemand das Vertrauen hat, in nächster Zeit nennenswerte Kursgewinne zu erzielen, während andererseits der hohe Zinsfuß genügenden Anreiz zur Hergabe von Kapital in Darlehensgeschaften bietet. Ab und zu kommen kleine Kursverbesserungen vor, aber es genügt schon eine kleine Nachfrage, um solche zu erzielen, weil die Umsaze auf allen Gebieten sich an der untersten Grenze halten. Die politische Lage wird von der Börse günstig beurteilt, d. h. man glaubt, daß wir endlich zu einer günstigen Auseinandersetzung mit unseren Feinden kommen werden; jedoch darüber herrscht Uebereinstimmung, daß unsere größten Zahlungslasten dann erst beginnen und auch weiterhin das Effektengeschäft stören werden.

**Produktenmarkt.** Die Tendenz des Produktenmarktes ist wieder ruhig geworden. Die Preise haben sich konsolidiert. Vom Ausland liegen keine besonderen Anregungen vor. Das Inlandsgeschäft verläuft in normaler Bahn und läßt wenig Spekulation erkennen. Die Heu- und Strohpreise sind in Süddeutschland auf 6 1/2 bzw. 4 1/2 Mark zurückgegangen. Die Ursache ist in dem guten Saatenstand und vor allem in den vorzüglichen Aussichten der bereits begonnenen Heuernte zu suchen.

**Warenmarkt.** Die Preise haben sich in der letzten Woche wieder etwas gefenkt. In der Lederbranche sind namentlich die Schuhartikel etwas verbilligt worden. Die Textilbranche muß sich gleichfalls zu einigen Zugeständnissen verstehen, gibt aber nur langsam nach. Verhältnismäßig günstig haben sich die Lebensmittelpreise entwickelt, da in allen diesen Artikeln reichliches Angebot herrscht. Das fruchtbarere Wetter begünstigt die Verbilligung von Gemüsen. Gleichwohl ist die Indeziffer immer noch zu hoch, aber die Befürchtung, daß die Behaltsaufbesserung der Beamten alsbald zu einer Verteuerung der Lebenshaltung führen werde, ist zum Glück nicht eingetroffen. Die meisten Schwierigkeiten bereitet die Frage der Kohlenpreise, die andauernd viel zu hoch sind, als daß ein allgemeiner Preisabbau eintreten könne.

**Viehmarkt.** Auf den Schlachtviehmarkten haben sich die Preise während der letzten Woche nicht wesentlich geändert. Auch die Ladenfleischpreise sind unverändert geblieben. Die Ausviehmarkte sind spärlich besahren und haben in letzter Zeit wenig Geschäft erkennen lassen. Nach Pferden hat die Nachfrage wieder zugenommen, auch haben die Preise wieder etwas angezogen.

**Holzmarkt.** Das Geschäft ist ruhig und bleibt immer noch fast ausschließlich auf das Inland beschränkt. In der letzten Woche sind die Preise stabil geblieben.

**Turnen, Sport und Spiel.**

**Fußball.**

**Beiler, 16. Juni.** Am Sonntag trafen sich die beiden Bezirksmeister Weiler und Gaiberg in der Meisterklasse, um die Gaumeisterschaft des Neckar-Elsenz-Turn-Gaues in Bannmental. Resultat: 68-71 für Weiler. Weiler ist somit Gaumeister in beiden Klassen und hat nunmehr am 29. Juni, um die nordbadische Meisterschaft in Hohenheim zu spielen. Gut Heil!

**Neueste amtliche Kurse**

vom 17. Juni 1924

mitgeteilt von der Vereinsbank, e. G. m. b. H. Sinsheim.  
(A hinter einem Kurs bedeutet Million, Md Milliarden, Bn Billion-Brotent.)

<b>Anleihen:</b>			
5% Deutsche Reichsanleihe	88	Cementwert Heidelberg	8,625
Deutsche Sparpramienanleihe	99	Chem. Gresheim	3,2
<b>Banckonten:</b>		Daimler Motoren	11,7
Bad. Bank	16	Dtsch. Gold- und Silberscheide	6,76
Darmstädter und Nationalbank	5,75	Elekt. Licht und Kraft Ulm	2,79
Deutsche Bank	6,9	Fuchs Waggon Stammaktien	0,65
Deutsche Vereinsbank	0,426	Gebr. Maschinen Durlach	14,76
Dresdner Bank	4,8	Gebr. Maschinen Ruppel	5,4
Mitteldeutsche Kreditbank	21,75	Hochster Hardwerte	8,70
Reichsbank	1,35	Karlsruher Maschinen	2,3
Weim. Kreditbank	6	Knorr Heilbronn	2,6
Sidd. Disconto Ges.	6	Wainkauerwerk Heel	5
<b>Bergwerks-Aktien:</b>		Metzlerwerke Heilbronn	3,2
Harperer Bergbau	51,75	Schneider Elekt. Heilbronn	36
Kall Weiler	10,4	Sellindurte Wolf	3
Mannesmann-Grubenwerke	22	Zellstoff Waldhof Stammaktien	5,75
Mannfelder Bergb. u. Hüttenw.	2,65	Zuterrfabrik Waghauser	2,4
Oberst. Eisen. Bedarf	8 1/2	Heilbronn	1,8
Phönix Bergbau u. Hüttenbetrieb	—	<b>Aktien deutscher Transportanstalten:</b>	
Salzwerk Heilbronn	39	Hamburg. Amerik. Paketfahrt	19,8
Verreinigte Königs- u. Laurahute	4,4	Heilbronn. Strosken- u. Bergbahn	0,261
<b>Aktien industri. Unternehmungen:</b>		Norddeutscher Lloyd	4,05
Alb. Elekt. Stammaktien	6,55	<b>Devisen:</b>	
Badenia Weilheim	0,8	New-York 1 Dollar	4,19
Bad. Anilin- und Soda	12 1/2	London 1 Pfund	18,21
Bad. Elektrizität Mannheim	0,35	Holland 100 Gulden	156,81
Bad. Maschinen Durlach	10	Schwed. 100 Francs	73,81
		Paris 100 Francs	22,89
			23,01

**Marktberichte.**

**Sinsheim, 17. Juni.** Dem Schweinemarkt waren zugeführt: 19 Milchschweine von Mk. 15-25 das Paar.

**Preise des Mannheimer Schlachtviehmarktes**

vom 16. Juni 1924.

Für den Schlachtviehmarkt am Montag betrug der Auftrieb: 200 Ochs, 187 Bullen, 724 Kühle und Rinder, 505 Kälber, 253 Schafe, 1643 Schweine. Bezahlt wurden pro 50 Kilo Lebendgewicht in Goldmark: Dahnen 1. Kl. 44-48, 2. Kl. 36-40 3. Kl.

30-34, 4. Kl. 24-28; Bullen 1. Kl. 34-36, 2. Kl. 30-32, 3. Kl. 26-28; Kühle und Rinder 1. Kl. 46-50, 2. Kl. 36-40, 3. Kl. 30-32, 4. Kl. 22-26, 5. Kl. 12-20, Kälber b 60-62, c 52 bis 56, d 45-50, e 40-45; Schafe a —, b 26-30 c 20-26, e 16-20, Schweine a und b 52-54, c 53-55, d 53-55, e 51 bis 53, Sauen 38-44. — Marktverlauf: Mit Großvieh ruhig, Ueberstand; mit Kälbern mittelmäßig, langsam geräumt; mit Schweinen mittelmäßig, Ueberstand.

**Offizielle Preise der Mannheimer Produktendorse**

vom 16. Juni 1924.

Die Preise verstehen sich per 100 kg alles in Goldmark zahlbar in Rentenmark.			
Weizen, inländischer	17,25-17,50	Mais (mit Sack)	16,50-17,00
Weizen, ausländischer	19,50-22,00	Weizenkleie	8,75-9,00
Roggen, inländischer	15,50-16,00	Viertreber	—
Gerste, inländische	17,00-18,25	Roh-Melasse	—7,00
Gerste, ausländische	—	Wiesheu	—
Hafer, inländischer	15,25-15,50	Luzernekleehau	—
Hafer, ausländischer	—	Prestroh	—
Weizenmehl Sp. 0	27,25-28,75	Gebundenes Stroh	—
Roggenmehl 7000	23,00-23,50	Raps	—

Tendenz: fester.

**Freilicht-Aufführung**

im Anstaltshof des Stiftes.

Veranstaltet vom Badischen Volkskulturtheater.

Fronleichnam, Donnerstag, den 19. Juni

Anfang 5 Uhr Ende 7 Uhr

**Jphigenie**

auf Tauris

Schauspiel in 5 Akten von J. W. v. Goethe.

Eintrittspreis 1.- Mark., Schulerkarten —60 Mark.

Bei ungünstiger Witterung findet die Vorstellung abends im „Lowensaal“ statt.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter u. Großmutter  
**Katharina Widder**  
sowie für die trostreichen Worte des Herrn Stadtvikar Meerwein, den Schwestern für ihre liebevolle Pflege während ihrer Krankheit und für die Kranzspenden sagen wir auf diesem Wege innigen Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Sinsheim, den 17. Juni 1924.

**Gesunden eine Handtasche**  
Zwischen Rohrbach und Steinsfurt  
mit Inhalt. Abzuholen bei Leopold Baumann, Rohrbach b. S.  
**Herrenhutreparaturen**  
Elsa Faul, Heidelberg, Sofienstr. 13.  
**Henke's Scheuerpulver**  
Ata  
putzt reinigt alles!  
uberal zu haben

**Käse-Apparate**  
hochwichtig für jeden, komplett mit allem Zubehör empfiehlt  
H. Jagner, Bruchsal.  
Vertreter gesucht.  
**Wee Unterformen**  
zur Selbstanfertigung von hellen Huten. Eigene Fabrikation.  
Elsa Faul, Heidelberg  
Sofienstr. 13.  
**Schönheit**  
verleiht ein rosiges, jugendliches Antlitz und ein reiner zarter Teint. Alles dies erzeugt die echte  
**Stechenpferd-Seife**  
die beste Lillienmilchseife.  
Ferner macht „Dada-Cream“ rote und spröde Haut weiss und sammetweich. Zu haben in den Apotheken, Drogerien und Parfumerien.  
Apotheker Dr. Kieffer  
Engel-Drog. Ad. Engel.  
Wilh. Geiß, Seifenfabrik.  
**Seidenfull**  
moderne Farben. Restposten Meter 75 Pfg.  
Elsa Faul, Heidelberg, Sofienstr. 13.

**Stomach and Intestine Pills**  
Kukirol  
Hornhaut, Schwielen und Warzen beseitigt schnell, sicher, schmerzlos und geruchlos.  
Verglich empfohlen. Monatelang bewährt. — In Apotheken und Drogerien erhältlich. — Besondere Fustherapie, Brennen und Bandagen aufzutragen.  
Drogerie A. Engel.